



## Niederschrift

57. Plenarsitzung Gemeinderat (DHH-Beratungen 2019/20)  
20. November 2018, 9 Uhr und  
21. November 2018, 9 Uhr  
öffentlich  
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz  
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

(...)

### **Antrag Nr. 457 (S. 488): Einbau einer zentralen Heizungsanlage im städtischen Gebäude Ortsstraße 2 (OR Stupferich)**

**Ortsvorsteher Gartner (OR Stupferich):** Kurz noch einmal zur Sache: Es handelt sich um ein städtisches Gebäude, das übrigens denkmalgeschützt ist. Vor ca. zehn Jahren fand schon einmal eine Untersuchung in Sachen Substanz statt. Deswegen verstehe ich nicht, warum man das jetzt wieder machen möchte. Aus dieser letzten Untersuchung wurden auch mehr als 100.000 Euro in das Gebäude investiert, um die Substanz zu erhalten. Der Ortschaftsrat hat jetzt das Ansinnen, die Substanz dauerhaft zu erhalten, also kein Geld kaputt zu machen, in der Form, dass man das Haus auch beheizt. Das Haus ist absolut unbeheizt. Es wird nur temporär mit Elektrodirektheizgeräten beheizt, wenn sich die Vereine dort aufhalten. Insofern wäre es eine wichtige Angelegenheit, damit man nicht vielleicht in ein paar Jahren da steht und wieder Hunderttausende von Euro investieren muss. Denn zurzeit fällt schon wieder der Putz von der Wand und muss repariert werden. Das war unser Ansinnen. Zu der Summe von 200.000 Euro, die aufgeführt ist möchte ich noch einmal einen praktischen Hinweis geben zum Verständnis. Der Betrag ist für mich außerirdisch. Es handelt sich um fünf kleinere Mietbereiche in der Größenordnung von 40/45 qm. Wenn ich da jeweils eine Etagenheizung einbaue, dann brauche ich vielleicht pro Wohnung noch nicht einmal 10.000 Euro. Deswegen auch der Antrag über 50.000 Euro von unserer Seite. Jetzt legen wir noch 20.000 Euro drauf, dann sind wir aber maximal bei 70.000 Euro. Wo die 200.000 Euro herkommen, weiß ich nicht. Vielleicht sollten die aber auch nur abschrecken. Aber auf jeden Fall wird es niemals zu so einer Summe kommen können bei der Größe der einzelnen Wohnungen.

Deswegen: Wir wollen das städtische Gut und natürlich auch das Kulturgut Fachwerkhaus, das ist eines von zwei Häusern, die den Krieg überlebt haben in Stupferich, erhalten. Man sollte die Sanierung nicht auf die lange Bank schieben, sonst erzielen wir noch mehr Schäden. Das war unser Ansinnen.

**Stadtrat Brenk (CDU):** Jetzt hat Herr Gartner mir alles vorweggenommen. Das ist aber nicht schlimm. Ich möchte nur noch eines betonen. Ein Haus ist vor zwei Jahren mit viel Geld instand gesetzt worden, und da ist keine Heizung drin. Wir haben zurzeit Minusgra-

de. Jetzt können Sie sich vorstellen, was an dem Haus bleiben soll. Es ist unvorstellbar. Jetzt müssen wir einfach das Geld in die Hand nehmen. Ob Herr Gartner mit 70.000 Euro Recht hat, dem ich mehr glaube, oder sage, wir nehmen die 200.000 Euro, das lasse ich einmal dahingestellt. In das Haus muss einfach eine Heizung. Da bitte ich um Zustimmung.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Selbstverständlich sehen wir es genauso, dass in das Haus eine Heizung muss. Aber dennoch gehen wir mit der Verwaltung überein, dass ein Gutachten erstellt werden muss. Denn es scheinen offensichtlich große Differenzen zu bestehen, wenn der Kollege Gartner, der vom Fach ist als selbständiger Elektrounternehmer, und die Verwaltung eine Differenz von 70.000 Euro zu 200.000 Euro haben. Das muss geklärt werden. Insofern geben wir der Verwaltung unser Votum, ein Gutachten zu erstellen, das zu überprüfen. Dann können wir uns der Sache noch einmal annehmen.

**Stadträtin Mayer (GRÜNE):** Wir können zustimmen mit einem Sperrvermerk, wenn dann eine kostenkontrollierte Planung erfolgt.

**Stadtrat Cramer (KULT):** Es ist ein städtisches Gebäude. Es steht unter Denkmalschutz. Ich denke, da steht die Stadt in der Pflicht, hier zu handeln, dass das Haus nicht irgendwann abrisssgefährdet ist.

**Der Vorsitzende:** Sie unterstreichen sehr stark unsere Verpflichtung, uns um den Erhalt dieses Gebäudes inklusive einer Heizanlage zu bemühen. Ich schlage Ihnen an dieser Stelle vor, dass wir auf die **Abstimmung verzichten**. Ich sage Ihnen zu, dass wir gemeinsam einen Kostenvoranschlag erstellen und dass, falls es dann der Zustimmung des Gemeinderats bedürfte, wir noch einmal auf Sie zukommen. Alles andere macht im Moment keinen Sinn. Aber wir nehmen die Sache jetzt einmal in Angriff.

(...)